

Staatliche Preistreiberei.

Der Krieg hat uns an Preissteigerungen gewöhnt, die sich in Friedenszeiten kein Wucherer im kühnsten Traume auszumalen gewagt hätte. Wir haben uns an Preise gewöhnt, die wir vor einem Jahre noch für undenkbar gehalten hätten. Wir haben es verlernt, uns darüber zu wundern, daß die Preise von Tag zu Tag in immer rasenderem Tempo steigen. Aber so sehr wir alle gegen die Preiserzesse der Kriegskonjunktur abgehärtet sind, erregt doch die Absicht der Regierung, den Brot- und den Mehlp reis mit einem Schläge um 80 Prozent zu erhöhen, Unruhe und Erbitterung. Vor allem geht es ja um das tägliche Brot; da trifft eine Preiserhöhung gerade die Ärmsten am Schwersten. Und dann 80 Prozent auf einmal! So sprunghaft ist noch schwerlich jemals der Preis einer staatlich bewirtschafteten Ware emporgeschneilt. 80 Prozent auf einmal — der Staat hat von den Preistreibern gelernt!

Freilich, die heute über die Erhöhung des Brotpreises zu jammern beginnen, stehen erstaunlich spät auf. Vor einem Monat hat die Regierung die Uebernahmepreise für Getreide erhöht. Der Landwirt, der im vorigen Jahre für den Meterzentner Korn 40 Kronen bekommen hat, bekommt heute je nach dem Zeitpunkt der Ablieferung 55 bis 80 Kronen. Man hat für diese ungeheuerliche Preiserhöhung Gründe angeführt, deren Gewicht wir nicht in Abrede stellen wollen. Man hat gesagt, daß auch die Produktionskosten der Landwirtschaft gestiegen sind; daß, wenn der Getreidepreis niedrig bliebe, während die Viehpreise unerhört hoch sind, die Landwirte ihr Getreide veräußern würden, statt es der staatlichen Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abzuliefern; daß der hohe Uebernahmepreis also die Aufbringung größerer Getreidemengen erleichtern wird. In alledem ist natürlich ein Stück Wahrheit; wengleich man wohl daran erinnern darf, daß in Deutschland im vorigen Jahre das wirtschaftlich notwendige Verhältnis zwischen Getreide- und Viehpreisen nur zum Teil durch Erhöhung der Getreidepreise, zum größeren Teil durch Ermäßigung der Viehpreise hergestellt wurde. Immerhin wäre gegen die Erhöhung der Getreidepreise nicht viel einzuwenden gewesen, wenn sie sich nur innerhalb der notwendigen Grenzen gehalten hätte. Aber die Erhöhung, die die Regierung vor einem Monat verfügt hat, ist über diese Grenzen weit hinausgegangen. Die Preistreiberverordnung bedroht jeden mit Strafe, der für seine Ware mehr als den Kostenpreis, um bescheidenen bürgerlichen Gewinn vermehrt, verlangt; und die l. l. Regierung bewilligt Landwirten, die im Kriege Vermögen aufgehäuft haben, Preiserhöhungen um die Hälfte und mehr! Ist das nicht Preistreiberei durch Regierungsverordnungen? Wir haben damals die Erhöhung der Uebernahmepreise für Getreide bekämpft; aber wir sind in diesem Kampfe allein geblieben. Das Bürgertum hat geschwiegen, die Industriellen haben sich nicht gewehrt, die bürgerliche Presse blieb stumm. Man freut sich der eigenen Kriegsgewinne und gönnt den Agrariern die ihrigen; das nennt man „leben und leben lassen“. Jetzt aber zeigen sich die Folgen: da die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt den Landwirten das Getreide zu höherem Preise abnehmen muß, muß sie natürlich von den Konsumenten auch höheren Preis für Mehl und Brot fordern. Die Maxime „leben und leben lassen“ führt schließlich dazu, daß die Volksmassen nicht mehr wissen, wie sie leben sollen.

Freilich, die Erhöhung der Brot- und Mehlp reise, die die Regierung beabsichtigt, ist aus der Erhöhung der inländischen Getreidepreise allein nicht zu erklären. Sie soll zugleich auch den Mehraufwand decken, den die Einfuhr ausländischen Getreides erfordert. Wir müssen nämlich infolge der Entwertung unserer Währung das Getreide in Rumänien und in der Ukraine noch viel teurer bezahlen als im Inland. Die Regierung will uns nun das Mehl und das Brot, gleichgültig, ob es aus inländischem oder aus ausländischem Getreide gemahlen und gebacken wird, zu einem Durchschnittspreis, einem Mischpreis abgeben, so daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt auch die Mehrkosten des ausländischen Getreides mit ihren Einnahmen aus dem Mehloverkauf decken soll. Aber gegen diese Methode sprechen sehr ernste Bedenken. Vor allem wissen wir, daß nicht, wieviel Getreide

wir aus Rumänien und aus der Ukraine bekommen werden; wir wissen also nicht, welcher Teil unseres Mehlbedarfes aus dem teureren ausländischen, welcher aus dem wohlfeileren inländischen Getreide gedeckt werden wird, und können daher auch den Mischpreis gar nicht richtig berechnen. Wenn die Regierung etwa, was nach allen Erfahrungen von vier Jahren sehr wahrscheinlich ist, die Einfuhr aus dem Ausland überschätzt, wenn sie also den Anteil des teuren ausländischen Getreides an der Deckung unseres Mehlbedarfes höher schätzt, als er in Wirklichkeit sein wird, dann setzt sie selbstverständlich den Mischpreis zu hoch fest; das Ergebnis wird dann sein, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt das Wirtschaftsjahr mit einem Ueberschuß abschließen wird. Wir glauben schon, daß das dem Herrn Finanzminister, der ja der Urheber dieser ganzen Preiserhöhung ist, sehr willkommen wäre. Aber eine Preisfestsetzung, die dem Staate einen Reingewinn aus der Bewirtschaftung des Brotgetreides sicherte, wäre nichts anderes als eine Besteuerung des Getreides — die gehässigste, anti-sozialste indirekte Steuer, die toll gewordener Fiskalismus ersinnen könnte.

Aber selbst wenn wir anerkennen, daß der Mischpreis richtig berechnet wird, daß die Regierung also die staatliche Getreidewirtschaft nicht zu einem Geschäft für den Fiskus mißbrauchen will, selbst dann widerspricht diese Preispolitik allen Regeln einer zweckmäßigen Kriegswirtschaft. Daß wir das Getreide im Ausland so furchtbar teuer bezahlen müssen, ist eine Folge der Entwertung unserer Währung; eine Folge der Tatsache, daß wir für eine Krone weniger russische Rubel oder rumänische Lei bekommen. Die Entwertung unserer Währung aber ist selbst wieder eine Folge des Krieges. Wer soll nun eigentlich das bezahlen, was doch nur eine der vielen Kriegsfolgen ist? Nach dem Rezept der Regierung wird die städtische und industrielle Bevölkerung allein diese Kriegsfolge bezahlen, indem sie für jeden Laib Brot und für jedes Kilogramm Mehl ein wahres Sündengeld bezahlen wird; die Agrarier dagegen, die ja Mehl und Brot nicht kaufen, sich es vielmehr aus dem ihnen belassenen, der Beschlagnahme entzogenen Getreide herstellen lassen, werden zu diesem Teil der Kriegskosten keinen Heller beitragen. Ist es billig, daß eine unzweifelhafte Kriegsfolge nur von der städtischen Bevölkerung bezahlt werden soll, während das Landvolk nichts zu ihrer Deckung beiträgt? In Deutschland ist man, bisher wenigstens, anders verfahren. Man hat dort das teure ausländische Getreide ausschließlich der Heeresverwaltung berechnet. Die Mehrkosten fallen auf das Reich und müssen von der Gesamtheit der Steuerzahler gedeckt werden. So müssen also auch die Agrarier ihren Teil dazu beitragen, die Kosten der Getreideeinfuhr aus dem Ausland zu decken. Ähnlich müßte man auch bei uns verfahren. Wenn der Staat auch das aus ausländischem Getreide gemahlene Mehl zu dem Kostenpreis des inländischen Mehls abgäbe, hätte die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt freilich ein Defizit, das von den Steuerzahlern gedeckt werden müßte; aber es wäre viel besser, diese Mehrkosten durch neue Steuern als durch die Erhöhung des Brotpreises zu decken. Denn zu den Steuern würden erstens auch die Agrarier beitragen; und zweitens kann jede Steuer der Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerzahler angepaßt werden, während die Erhöhung des Brotpreises gerade die Ärmsten am Schwersten trifft, gerade den Reichsten überhaupt nicht fühlbar wird.

III das haben unsere Abgeordneten und die Delegierten der Vorständekonferenz der Gewerkschaften der Regierung vorgehalten. Trotzdem beharrt die Regierung auf ihrem Plan. Die Herren Minister ahnen wohl nicht, wie die staatliche Preistreiberei wirkt. Die Agrarier sind in diesem Kriege unerhört reich geworden. Sie haben ihre Hypothekenschulden abbezahlt, ihre Sparkassen- und Bankeinlagen sind gestiegen, die Wertpapiere häufen sich in ihren Truhen und bei alledem herrscht auf den Gutshöfen und in den Dörfern ein Luxus, den sie vordem nie gekannt haben. Die städtische Arbeiterschaft dagegen ist unerhört verarmt. Die Arbeiter gehen in Lumpen einher, sie haben ihre ganze Habe — Kleider, Wäsche, Hausrat — zu den Bauern hinausgetragen, um Lebensmittel einzutauschen, ihre Erwarnisse sind aufgebraucht und ihr eigentliches

Kapital, die Muskeln ihres Körpers, schwinden von Monat zu Monat. Und nun hören die Volksmassen, daß die Regierung den Agrariern, die sich bereichert haben, den Profit an jedem Zentner Getreide um fünfzehn bis vierzig Kronen vermehrt, den Arbeitern, die verarmt sind, den Brotpreis um achtzig Prozent erhöht! Begreift die Regierung nicht, wie eine solche Preispolitik die Klassegegensätze, die die Kriegswirtschaft so bedrohlich verschärft hat, neuerlich verschärfen muß? Glaubt die Regierung, daß eine solche Verschärfung der Klassegegensätze dem Staate frommen wird?